

Die Haltung der Berliner Arbeitnehmer zu den Ereignissen in Polen 1980/1981

Burkhard Olschowsky

Der folgende Aufsatz untersucht die Haltungen Berliner „Werkstätiger“ zu den Ereignissen in Polen vom August 1980 bis Dezember 1981. Die Untersuchung beschränkt sich nicht auf die empirische Darstellung, sondern versucht mit Hilfe eines in großen Teilen hypothetischen Vergleichs der Wertorientierungen der Arbeitnehmer in Polen und der DDR die empirischen Erkenntnisse näher zu analysieren.

1. Vorbemerkungen

Da der Begriff Werkstätige ungenau ist und in den Quellen die Stimmen der Arbeiter und Angestellten dominieren, wird im weiteren der Begriff Arbeitnehmer verwandt, der die Angestellten, nicht jedoch die DDR-Intelligenz mit einschließt.¹ Bei den Quellen handelt es sich

¹ Der Begriff Werkstätige wurde synonym für alle Berufstätigen in der DDR gebraucht. Beim Betrachten der sozialen Schichten in der DDR ergibt sich ein sozialstrukturelles Zuordnungsproblem. Die Angestellten wurden in historischen Abhandlungen und in der DDR-Sozialpolitik nicht als eigene soziale Schicht behandelt. Man versuchte, sie der „Arbeiterklasse“ und in geringerem Maße der Intelligenz zu zuordnen. Obwohl die SED eine Sozialnivellierung anstrebte und zum Teil erreichte, gingen die DDR-Soziologen „im Nebensatz“ davon aus, daß zwischen Arbeitern und Angestellten nach wie vor zu unterscheiden sei. In der DDR gab es zwar keine arbeitsrechtlichen Beziehungen, die zwischen zwei unabhängigen Korporationen (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) gestaltet worden wären, doch fungierte der Staat in der Regel als der „Arbeitgeber“ (juristische Person). Der Begriff Arbeitnehmer ist aus Mangel an Alternativen als Ersatz geeignet, wenn er Arbeiter

um Zusammenfassungen der „*Stimmungen und Meinungen von Berliner Werkstätigen*“ für die SED-Bezirksleitung beziehungsweise um „*Übersichten über aktuell-politische Probleme*“ für den Bezirksvorstand des FDGB. Zur Art dieses Aktenmaterials bedarf es einiger quellenkritischer Bemerkungen.

Nach dem Vergleich von FDGB- und SED-Akten kann man davon ausgehen, daß sie einen repräsentativen Stimmungsbericht zumindestens der Berliner Arbeitnehmer mit folgender Einschränkung darstellen. In dem Maße, wie die SED-Führung sich immer deutlicher von der PVAP und erst recht von der Solidarność abgrenzte, wies sie die Partei- und Gewerkschaftsleitungen der Betriebe an, ihre „politisch-ideologische Arbeit“ in den Arbeitskollektiven zu verstärken.² Freimütige Äußerungen bezüglich einer Nachahmung der Streiks oder der polnischen Gewerkschaftsgründung zogen in der Regel die Einschaltung des Ministeriums für Staatssicherheit nach sich.

Aus den Quellen geht nicht hervor, wo die Äußerungen gemacht wurden und wer sie im einzelnen festgehalten hat. In den SED-Stimmungsberichten wurde ausdrücklich zwischen Genossen und Kollegen unterschieden. Da nicht zu klären ist, wo die Äußerungen der Genossen gefallen sind, bei der Arbeit oder auf Versammlungen, werden die beiden Gruppen zusammen untersucht. Von Interesse wäre ferner, ob sich die Arbeiter in ihren Meinungen von den Ange-

und Angestellte (Stimmen höher gebildeter Intelligenz kommen in den Quellen selten vor) wie im folgenden Kapitel zusammenfassend bezeichnen soll. Weidig, Rudi (Hrsg.): *Sozialstruktur der DDR*, Berlin (Ost) 1988, S. 42, 58 f; Geißler, Rainer: *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Bonn 1992, S. 135 ff.

² Landesarchiv Berlin, Bezirksparteiarchiv (LA, BPA), IV D-2/5/493, Information über Stimmung und Meinung Berliner Werkstätiger zur Rede des Genossen Gierek auf der 4. Tagung der PVAP, 26.8.1980, S. 6.

stellten unterscheiden. Obgleich manche Äußerungen darauf hinweisen, ist die Quellenbasis zu schmal, um systematisch zwischen Arbeitern und Angestellten differenzieren zu können.

Der sich im zweiten Textabschnitt anschließende Vergleich der Wertorientierungen ist in Anbetracht einer ganz disproportionalen Literaturbasis ein Wagnis. In Polen wurden schon in den siebziger Jahren soziologische Erhebungen durchgeführt, die in ihrer Ausführung auch westlichen Wissenschaftsstandards entsprachen.³ Die Entstehung der *Solidarność* weckte das Interesse westlicher Soziologen und Historiker, zumal die Arbeitsbedingungen in Polen wissenschaftlichen Erfolg versprachen. Es folgten Arbeiten in Westeuropa und den USA zur Geschichte und Sozialstruktur der *Solidarność*.⁴

Soziologische Untersuchungen galten in der DDR als potentiell systemgefährdend und wurden unter Verschluss gehalten.⁵ Die Sozialgeschichte der Arbeiter hätte in einem „Arbeiter- und Bauernstaat“ besonders intensive historische Untersuchungen erwarten lassen können; das Gegenteil war jedoch der Fall. Die umfangreichen Forschungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung, die in hohem Maße Parteigeschichtsschreibung waren, blendeten Fragen der Sozialstruktur, der Lebensverhältnisse und der

Lebensbewältigung weitgehend aus.⁶ Daher sucht man in den DDR-Gesellschaftswissenschaften vergebens nach dem Äquivalent zu den polnischen soziologischen (sozialhistorischen) Untersuchungen.

In der Bundesrepublik wandte man sich in den siebziger Jahren angesichts von Auseinandersetzungen um das Totalitarismus-Konzept der DDR-Sozialgeschichte zu. Dieses Bemühen blieb in seinen Früchten bescheiden, da es an empirischem Material mangelte. Dennoch stützt sich der folgende Textabschnitt im wesentlichen auf den altbundesrepublikanischen Wissensstand über die DDR-Sozialgeschichte, um einen stark abstrahierenden Vergleich zu ermöglichen. Die Schrittfolge von Deskription und Vergleich und der Erklärungsbedarf der vorangestellten Empirie scheinen diese Herangehensweise zu rechtfertigen.

Der Vergleich bewegt sich auf einer historisch abstrakten Makroebene. Eine soziale Binnendifferenzierung oder regionale Unterscheidung von Arbeitnehmern wird nicht vorgenommen. Trotz der erheblichen, aber kaum vermeidbaren Verkürzungen ist ein solch globaler Vergleich sinnvoll, weil er als Orientierung über generelle Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten oder Unterschiede der Arbeitnehmer und letztlich beider Gesellschaften dient. Dieser Vergleich erlaubt im Ergebnis die Interpretation der DDR-Haltung zu Polen und gibt Rückschlüsse zum Wechselverhältnis von Partei und Gesellschaft.

Die Einführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen im Jahre 1971 eröffnete der Bevölkerung in beiden Ländern erstmals die Möglichkeit, ungehindert das Nachbarland zu bereisen

³ Nowak, Stefan: *Polaków portret własny*, Kraków 1979; Nowak, Stefan: *Ciągłość i zmiana tradycji kulturowej*, Warszawa 1976.

⁴ Garton Ash, Timothy: *Polska Rewolucja*, Warszawa 1989; Touraine, Alain/ Dubet, Francois/ Wieviorka, Michel/ Strzelecki, Jan: *Solidarity 1980-1981*, Cambridge 1983; Ost, David: *Solidarity and the politics of Anti-politics*, Philadelphia 1990; Kennedy, Micheal D.: *Professionals, power, and solidarity in Poland*, Cambridge 1991.

⁵ Niemann, Heinz: *Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR - die geheimen Berichte an das Politbüro der SED*, Berlin 1995, S. 21 ff.

⁶ Hübner, Peter: *Konsens, Konflikt und Kompromiß: soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970*, Berlin 1995, S. 7.

und sich - trotz der Sprachbarriere - ein eigenes Bild vom Nachbarland und seinen Bewohnern zu machen. Polen avancierte zum wichtigsten Reiseland für die DDR-Bevölkerung. Langlebige Vorurteile und Stereotypen gegenüber der polnischen Bevölkerung wurden in den siebziger Jahren durch eigene positive Reiseerlebnisse und Freundschaften - häufig in den ehemaligen deutschen Gebieten und sogar im Umgang mit den dortigen Bewohnern erfahren - teilweise abgebaut. Die Offenheit und Gastfreundlichkeit der Polen wurde geschätzt, was sich in typischen Kommentaren wie, „in Polen läßt es sich leben“ oder „wir fühlen uns hier wie zu Hause“, ausdrückte.⁷ Neben den schönen Landschaften besaßen die Ergebnisse des Investitionsprogramms,⁸ das Angebot einiger Westprodukte, aber auch der im Vergleich zur DDR weniger reglementierte, buntere Alltag sowie die kulturelle Freizügigkeit und Vielfalt eine nicht geringe Anziehungskraft für die Besucher.⁹

Kritisch äußerten sich die Besucher bisweilen über die Organisation und Arbeitsdisziplin, die ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln sowie das schlechte Niveau sanitärer Anlagen, Campingplätze und Restaurants. Die Einstellungen der DDR-Bürger gegenüber den Menschen in Polen war in grenznahen Gebieten deutlich negativer als in den übrigen Bezirken. Die Polen wurden überwiegend als Kaufkonkurrenten bei

knappen Waren empfunden.¹⁰ Das alte Stereotyp „der Pole handelt zum Schaden der Deutschen“ verbunden mit einem Überlegenheitsgefühl fand genau dort seine Wiederbelebung.¹¹ Die Tätigkeit polnischer Restauratoren und der Einsatz polnischer Vertragsarbeiter in der DDR wurde von der Bevölkerung wie auch von ihren deutschen Kollegen geschätzt. Zu engeren persönlichen Kontakten mit den Einheimischen kam es selten, da die Vertragsarbeiter separiert untergebracht waren und die Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens häufig auf Sport- und offizielle Kulturveranstaltungen beschränkt blieben.¹²

Die Berliner SED-Bezirksleitung hatte ab Mitte August 1980 Äußerungen zu den ausgebrochenen Streiks in Danzig gesammelt; zu einem Zeitpunkt, als die DDR-Bevölkerung ausschließlich auf das Westfernsehen angewiesen war, um sich über das Geschehen an der polnischen Ostseeküste zu informieren. Im August wurde in der DDR-Presse nur vage über „Arbeitsunterbrechungen“ berichtet. Die Berichterstattung war von Unsicherheit, fehlender Sprachregelung und gezielter Desinformation bestimmt. Eine Entscheidung darüber, wer als „Schuldiger“ („antisozialistische Elemente“ in Polen, „westdeutsche Revanchisten“) angeklagt werden sollte, war noch nicht gefallen.¹³

⁷ Kwilecki, Andrzej: Studies on the Stereotype of the „German“ and a „Pole“ in the GDR and FRG, in: Polish Western Affairs, 19/2, 1978, S. 300 f.

⁸ Der Polski-Fiat 126, die gut ausgebauten polnischen Landstraßen mit ihren Tankstellen fielen den DDR-Bürgern angesichts eigener Mißstände positiv auf.

⁹ Gołembowski, Franciszek: w dyskusji, Polska w opinii krajów sąsiednich, in: Sprawy Międzynarodowe, 39/4, 1986, S. 147.

¹⁰ In den Warenhäusern am Alexanderplatz, in Schwedt, Neubrandenburg, Görlitz und Frankfurt/Oder ging der Umsatz nach Einstellung des visafreien Reiseverkehrs mit Polen am 30.10.1980 durchschnittlich um mehr als ¼ zurück. SAPMO-BArch, DY vorl. SED, 31970/1.

¹¹ Kwilecki: Studies on the Stereotype of a „German“ and a „Pole“ in the GDR and FRG, in: Polish Western Affairs, 19/2, 1978, S.301.

¹² Wohlfeld, Ursula: Polnische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben der Region Leipzig, Leipzig 1993, S. 12, 62 ff.

¹³ Kuppe, Johannes/ Ammer, Thomas: Die Haltung der SED zur Lage in Polen 1980-

Auch gab es vor der Ablösung Giereks als 1. Sekretär noch keine propagandistischen Vorgaben für die Kreis- und Parteigruppenleiter der SED.¹⁴ Daher sind die Äußerungen bis Anfang September geeignet, die authentische Meinung der Arbeiter wiederzugeben.

Der Ausbruch der Streiks an der Ostseeküste war für die große Mehrzahl der Berliner Arbeiter Ausdruck der Unzufriedenheit unter den polnischen Arbeitern mit der ökonomischen Entwicklung und ihrer sozialen Lage, die sich angesichts der Preiserhöhungen im Sommer 1980 zusätzlich verschlechtert hatte und den unmittelbaren Anlaß für den Streik bot. Der Unmut der polnischen Arbeiter über die PVAP wurde in Berliner Fabriken verstanden, doch hielt man Streiks überwiegend für kein probates Mittel, um die wirtschaftliche Misere zu beheben. Die Tatsache der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft fand ein recht positives Echo. Über den Inhalt der 21 Punkte des Danziger Abkommens wollten die Arbeitnehmer in Berlin genaueres wissen. In den DDR-Medien wurde ohnehin nicht darüber berichtet, möglicherweise waren auch die Westnachrichten nicht informativ genug.¹⁵

2. Stimmungsbilder aus Ostberlin – empirische Befunde

Die schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen in Berliner Betrieben und das Unvermögen der FDGB-Funktionäre als Interessenvertreter der Arbeiter bewirkte

eine Negativkontrastierung der eigenen Gewerkschaft gegenüber der neugegründeten Solidarność und vereinzelte Forderungen nach Trennung von Partei und Gewerkschaft. Derart offene Sympathie mit den polnischen Streikenden, wie sie zwei Arbeiter des VEB Binnenreederei äußerten, war jedoch selten: „Die Maßnahmen der polnischen Arbeiter sind gut und richtig. Meiner Meinung nach konnten sie gar nichts anderes tun, um sich ihrer Haut zu wehren.“ „Es wird Zeit, daß wir auch wie die in Polen streiken, damit die da oben mal munter werden“.¹⁶

Ein überheblicher Tonfall wie der eines Arbeiters im VEB Getränkekombinat Bärensiegel war zu dem Zeitpunkt ungewöhnlich. „Kein Wunder, daß die streiken, sie bekommen ja nichts zu kaufen und müssen ewig anstehen. Da viele bei uns einkaufen, haben sie es günstig. Besser wäre, sie würden mehr arbeiten. Wenn es bei uns so wäre wie bei ihnen, gäbe es bestimmt auch Streiks“.¹⁷ Dennoch hatte die FDGB-Abteilung Organisation und Kader offenbar Grund genug darauf „zu achten, daß in Verbindung mit den Ereignissen in Polen keine nationalistischen Tendenzen entstehen“.¹⁸

Im September 1980 wurde die DDR-Bevölkerung im Hinblick auf das Ausmaß der Streiks, Streikgebiete, Forderungen, Zugeständnisse und erzielten Verhandlungsergebnissen durch die eigene Presse gar nicht oder völlig

1981 im Spiegel der DDR-Presse, Bonn 1982, S. 20 f.

¹⁴ LA, BPA, Tonband, V2-D-2/5/057, Am 8.9.1980 „informierte“ Konrad Naumann die Mitglieder der Bezirksleitung „über die Probleme in Polen“.

¹⁵ LA, BPA, IV D-2/5/493, Hauptinhalt und Tendenzen der Diskussionen Berliner Werktätiger zur Lage in Polen (Quellen: Berichte der Kreisleitungen, der Grundorganisationen), S. 5.

¹⁶ LA, BPA, IV D-2/5/493, Hauptinhalt und Tendenzen der Diskussionen Berliner Werktätiger zur Lage in Polen (Quellen: Berichte der Kreisleitungen, der Grundorganisationen), 29.10.1980, S. 3, Bei den beiden Arbeitern handelte es sich um keine Genossen.

¹⁷ Ebenda, S. 3, Kollege Fritz Adler.

¹⁸ LA, FDGB, 8292, Übersicht über aktuellpolitische Probleme im Zeitraum 20.10.-30.10.1980, Vorlage für den Bezirksvorstand des FDGB, S. 9.

unzureichend informiert. Stattdessen gab die SED-Presse die Notwendigkeit der Verstärkung der inneren Sicherheit zu erkennen und verwies auf die zukünftigen ökonomischen Schwierigkeiten (insbesondere aufgrund polnischer Lieferrückstände an Steinkohle) und die unvermeidliche Belastung der Ost-West-Beziehungen. Bis zum Dezember häuften sich die Angriffe gegen die Solidarność, erstmals wurden die beiden älteren Oppositionsbewegungen KOR und KPN¹⁹ als „konterrevolutionär“ bezeichnet.

Auffällig im Vergleich zum August waren im Dezember die häufig geäußerten Bedenken, die Streiks schadeten der DDR ökonomisch und das Unverständnis für die Hilfeleistungen in Millionenhöhe. *„Unverständlich ist uns, daß es in der VR Polen noch immer Streiks gibt. Wir tragen mit unserer Hilfe nicht dazu bei, daß wieder regelmäßig gearbeitet wird. Scheinbar denken die polnischen Werktätigen, von irgendwo wird schon Hilfe kommen, egal von wem!“* *„Die DDR ist an einer stabilen Lage in der VR Polen interessiert, das ist klar. Aber wenn wir etwas reinstecken, muß das auch dem Sozialismus nutzen, es muß etwas passieren, denn gerade unser Staat und unser Kombinat braucht konvertierbare Währung für die eigene Produktion bzw. für die Ersatzteile aus dem NSW“.*²⁰

An Sympathiebekundungen mangelte es auch weiterhin nicht. In der Parteigruppenversammlung des Bereichs Elektroenergieverteilung im Energiekombinat

entbrannte eine Diskussion darüber, ob die streikenden Arbeiter mit ihren Forderungen nicht vielleicht doch im Recht seien, da sie ja schlechte Lebensverhältnisse hätten. Im Institut für Nachrichtentechnik vertraten Ingenieure die Auffassung, die Entwicklung in der Volksrepublik Polen sei als Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens zu betrachten, ohne daß am Sozialismus gerüttelt werde. Solche Stimmen zogen in aller Regel die Mitteilung an die SED-Bezirksleitung nach sich: *„In den genannten Bereichen wird die politisch-ideologische Arbeit verstärkt durchgeführt“.*²¹

Angesichts des Gipfeltreffens der Führer der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember in Moskau spiegelten sich Ängste über einen drohenden Einmarsch in Polen in den Meinungsäußerungen wieder. Eingedenk des belasteten historischen Erbes in den deutsch-polnischen und russisch-polnischen Beziehungen äußerte sich eine Lehrerin der 12. Köpenicker Oberschule: *„Wenn nicht einmal im Politbüro der PVAP Klarheit herrscht, was soll da werden? Eingreifen können wir und die Sowjetunion nicht, höchstens die CSSR.“* Eine Ofenbrigade des Trafowerks Oberspree meinte: *„Haben wir das Recht, Polen militärisch zu unterstützen? Wenn das Volk den Sozialismus nicht will, dann soll man sie lassen“.*²²

Die DDR-Regierung hatte am 30. Oktober 1980 gegen den Willen der polnischen Regierung den visafreien Reiseverkehr beendet, was de facto einer Schließung der Grenze gleichkam. Die Furcht vor dem „Solidarność-Bazillus“ und die Schwäche des DDR-Binnenmarktes gaben den Ausschlag für diese Entscheidung. In der Berliner Bevölkerung wurde diese Entscheidung überwiegend mit Verständnis aufgenommen, da man mit Polen Ende der siebziger Jahre nicht nur das schöne Reiseland verband,

¹⁹ Komitet Obrony Robotników - Komitee zur Verteidigung der Arbeiter „Konfederacja Polski Niepodległej - Konföderation für ein unabhängiges Polen.

²⁰ LA, BPA, IV D-2/5/493, Information zu aktuellen Problemen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der Hauptstadt, 22.12.1980, S. 2. Erste Äußerung kam vom „Kollektiv Kaufhalle des Centrum-Warenhauses am Alex“; zweite Äußerung: Kollege Stern aus dem Betriebsteil Feinwurst des FleisCHKombinates.

²¹ Ebenda, S. 3.

²² Ebenda, S. 4.

sondern sich zunehmend über die polnischen Käufer in den DDR-Läden erboste.

Repräsentativ für andere waren folgende Meinungen: „Schade, daß zu solchen Maßnahmen gegriffen werden mußte. Trotzdem wurde es Zeit, daß von Partei und Regierung etwas unternommen wurde, sonst hätten die polnischen Bürger uns völlig ausgekauft. Es ist schade um den visafreien Verkehr, aber die Maßnahme war notwendig, um Spekulationen zu verhindern“. „Ich halte die zeitweilige Veränderung im Reiseverkehr für einen richtigen und notwendigen Schritt, der im Interesse unserer beiden Länder liegt. Die Diskussionen unserer Kollegen über die jetzt erhöhten Abkäufe polnischer Bürger in der Hauptstadt wird damit die Grundlage entzogen“. „Wirtschaftlich begrüße ich die Maßnahme, aber politisch sehe ich sie wirklich nur ein, wenn sie eine vorübergehende Sache ist“.²³

Die SED-Führung konnte sich aber nicht der Zustimmung für die Grenzschießung sicher sein. Die ohnehin eingeschränkte Reisefreiheit wurde um ein weiteres Land geschmälert und hinterließ bei einigen Ohnmachtsgefühle. Angestellte der Druckerei des „Neuen Deutschland“ und ein Kranfahrer im Trafowerks Oberspree beschrieben dieses Gefühl so: „Jetzt ist uns auch noch die Möglichkeit genommen, nach Polen zu fahren. Wir werden uns immer mehr abgrenzen, bauen einen Zaun um uns rum und sind dann wieder isoliert. Wohin soll denn das führen?“ „Jetzt igelt ihr uns so richtig ein. Wir können schon nicht nach dem Westen, nun können wir auch am Wochenende

nicht mehr nach Polen in die schöne Gegend fahren. Jetzt kommen wir uns fast wie im Gefängnis vor“.²⁴

Zudem gab es Stimmen, die in Sorge über eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Polen waren. Es bedurfte dabei keiner prophetischen Begabungen, um zu ahnen, wie diese Grenzschießung das DDR-Bild der Polen negativ veränderte. „Wir betrachten dies als weitere Einschränkung unserer Freiheit. Der Abbau der Beziehungen bzw. Einschränkung zwischen sozialistischen Ländern ist unwürdig. Nun können wir nicht einmal im Sozialismus reisen, wohin wir wollen“.²⁵

Resümierend läßt sich sagen, daß die DDR-Regierung die Abkühlung der Beziehungen zu Polen aus eigenem Machtkalkül billigend in Kauf nahm, ja sie sogar durch ihre Propaganda provozierte.

Bis etwa zum März 1981 bekamen die streikenden Arbeiter noch häufiger Zuspruch, der wie im Fall der jungen Arbeiter des Baustoffkombinats Johannisthal mit der Befürchtung eines Einmarsches der Roten Armee verbunden war. „Wir rechnen täglich mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Polen. Dies wäre eine Verletzung der Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki. Der Wałęsa ist der richtige Mann, er ist besser als manche aus der Regierung, weil er die Interessen der Arbeiter ver-

²³ LA, BPA, IV D-2/5/493, Information über erste Meinungen von Werkstätigen zur Mitteilung zum Personen- und Reiseverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, 29.10.1980, In der Reihenfolge handelt es sich um Äußerungen aus dem VEB Textildruck, von dem Parteisekretär des VEB Berliner Zigarettenfabrik sowie von einem Arbeiter im RAW „Franz Stenzer“, S. 3 ff.

²⁴ Ebenda, erste Äußerung: Kollegen der Technologieabteilung in der Druckerei des „Neuen Deutschland“, zweite Äußerung: Kollege Bartsch, Kranfahrer im Trafowerk Oberspree, S. 6.

²⁵ LA, BPA, IV D-2/5/493, Information über Stimmung und Meinungen von Werkstätigen zu den Veränderungen im privaten Reiseverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, 3.11.1980, Ökonomen des Baumaschinenkombinats / Ingenieurhochbau, S. 6.

*tritt. Bei uns wird nur zu wenig und nicht richtig darüber informiert“.*²⁶

Ab dem Frühjahr 1981 lassen sich kaum noch Stimmen finden, die ihre Sympathie für die polnische Gewerkschaft bekundeten. Bei allem anfänglichen Wohlwollen für die Gewerkschaft war nach der Generalstreikandrohung Ende März 1981 das Ziel der vielen Streiks für das Gros der Berliner Arbeiter und Angestellten nicht mehr zu erkennen, geschweige denn, daß sie die politischen Forderungen der Solidarność für ihre eigene Lebenssituation hätten nachvollziehen können. Für sie war der neu ausgehandelte „kleine Gesellschaftsvertrag“ vom 31. März 1981 zwischen Regierung und Gewerkschaft, mit dem Ergebnis des Verzichts auf Generalstreik jedoch größeren Kompetenzen für die Gewerkschaft, nicht vorstellbar. Das Unverständnis drückte sich in folgender Weise aus: *„Wer in der gegenwärtigen Situation in der VR Polen zu einem Streik aufruft, handelt gegen die Interessen des polnischen Volkes. Es sollte von der DDR Partei- und Staatsführung geprüft werden, ob zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine materielle Unterstützung der VR Polen gerechtfertigt ist. Eine materielle Unterstützung sollte einsetzen, wenn sich klare politische Verhältnisse abzeichnen“.*²⁷ *„Wenn ich das alles lese und höre, was sich in unserem Nachbarland tut, finde ich diese Anarchie und Unordnung sehr schlimm. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Grundlagen geschaffen werden*

*sollen, damit alles wieder in die richtigen Bahnen kommt“.*²⁸

Ab Mai 1981 richtete sich die SED-Propaganda auch gegen die PVAP selbst. Die Vorwürfe lauteten, sie bestimme nicht mehr, was in Polen geschehen solle, sondern die Gewerkschaft und der Klerus; sie ließe Fraktionsbildungen in den eigenen Reihen zu.²⁹ Diese Auffassungen finden sich ab Mai 1981 auch zunehmend in den Stimmungsberichten, wobei auffällt, wie häufig auf das 11. Plenum der PVAP und das Bemühen der Hardliner, Kania abzulösen, Bezug genommen wurde. Die Art und Weise, wie in den Äußerungen zielsicher zwischen „opportunistischen“ und „marxistisch-leninistischen“ polnischen Genossen unterschieden wurde und wie wenig authentisch die Sprache war, läßt auf die ideologische Interpretationshilfe der Parteigruppensekretäre oder anderer Funktionäre schließen. Genosse Michael Rösner, Meister in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik meinte: *„Das eindeutige und mutige Auftreten solcher Mitglieder des ZK, wie Tadeusz Grabski und Albin Siwak beweist, daß es im ZK noch Kräfte gibt, die gegen die opportunistische Linie der Parteiführung kämpfen. Andererseits zeigt das Abstimmungsergebnis über ein Vertrauensvotum, daß diese Kräfte offenbar in der Minderheit sind“.*³⁰ Ähnlich äußerte sich der Genosse König, Maschinenfahrer in der Fernmeldekabelfabrik des Kabelwerks Oberspree: *„Die Veröffentlichungen über die Lage in*

²⁶ LA, BPA, IV D-2/5/494, Information zu den aktuellen Problemen, Stimmungen und Meinungen aus den Grundorganisationen, 21.1.1981, Bericht des Genossen Andreas Lohaus, Schlosser in Bereich Instandsetzung, über die Meinungen von Jugendlichen in seinem Arbeitsbereich. S. 8.

²⁷ LA, BPA, IV D-2/5/494, Information über Stimmung und Meinungen von Berliner Werktätigen zur Lage in der Volksrepublik Polen, 31.3.1981, Angestellter im Kombinat Verbundnetz Energie, S. 4.

²⁸ LA, BPA, IV D-2/5/494, Information über Stimmung und Meinungen Berliner Werktätiger zur Lage in der Volksrepublik Polen, 25.5.1981, Kollege Fischer, Straßenbahnfahrer bei den Berliner Verkehrsbetrieben, S. 3.

²⁹ Kuppe/Ammer: Die Haltung der SED zur Lage in Polen 1980-1981 im Spiegel der DDR-Presse, S. 36.

³⁰ LA, BPA, IV D-2/5/494, Information über Stimmung und Meinung Berliner Werktätiger zum 11. Plenum der PVAP, 12.6.1981, S. 3.

der VR Polen geben erneut Anlaß zur Sorge, ob und wie die PVAP bis zum Parteitag die Situation im Lande in die Hand bekommen kann. Es scheint so, als ob innerhalb der Partei ein Differenzierungsprozeß abläuft, bei dem die marxistisch-leninistischen Kräfte darum kämpfen, zum Parteitag die Einheit der Partei zumindestens teilweise wiederherzustellen. Wir können nur durch täglich gute Arbeit das Unsere tun, um das sozialistische Lager insgesamt und damit die marxistisch-leninistischen Kräfte in der VR Polen zu stärken, die sich das Ziel gesetzt haben, eine progressive Wende in Polen herbeizuführen“.³¹

Ab dem Sommer 1981 nahm die Zahl der Kollektiväußerungen zu, die über weite Strecken der Sprachregelung des „Neuen Deutschlands“ folgten. Ein Kollektiv im VEB Stuck und Naturstein stellte unisono fest: „In einer Auswertung des Artikels über die Situation in der Volksrepublik Polen im ND vom 8.9.1981³² kommen wir zu der Auffassung, daß die derzeit herrschende Situation zu Gunsten der mit ihrem sozialistischen Vaterland verbundenen Bürger entschieden werden muß. Wir verurteilen die Machenschaften der Konterrevolution auf das schärfste. Allen friedliebenden sozialistisch denkenden polnischen Bürgern ist unsere Solidarität gewiß. Rückblickend auf die großen Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in Polen sind uns die immer wieder stattfindenden Streikbewegungen unerklär-

lich! Wir begrüßen die in den Artikeln gemachten Ausführungen. Wir lehnen die kriminelle Politik der Reagan-Regierung mit der Unterstützung der Solidarność und weiteren Zusagen an die Konterrevolution ab. Es fragt sich wirklich, wie lange sollen wir uns das Geschehen bei unserem sozialistischen Nachbarn mit ansehen“.³³ Dieses Zitat war wohl der Gipfelpunkt an Entmündigung, paßte dennoch in den Tenor der damaligen Stimmen, denn Sympathiebekundungen waren seit dem Frühsommer 1981 nicht mehr vernehmbar.

Die Ablösung Kanas an der Parteispitze durch Jaruzelski fand ein schwaches Echo. Die Chancen einer schnellen Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme hielt man für gering. „Wechsel gab es in Polen schon häufig. Ob es nun besser wird, kann man noch nicht sagen. Richtig ist die Erkenntnis, daß sich ohne Arbeit nichts ändern wird. Deshalb begrüßen wir den Beschluß des 4. Plenums (des ZK) der PVAP die Maßnahmen besonders, die sich auf die Durchsetzung von Ordnung und Disziplin im Arbeitsprozeß beziehen“.³⁴

Auf die Verhängung des Kriegsrechts reagierte die Masse der Berliner Arbeitnehmer mit einem „na endlich“. Selten waren Stimmen, die in der bitteren Stunde des Kriegsrechtes hämisch darauf verwiesen, daß nun auch die Polen begreifen müßten, „daß streiken und besser leben nicht zusammen geht“. Leider

³¹ Ebenda, Information über Stimmung und Meinungen der Werktätigen zu den Veröffentlichungen zur Lage in der Volksrepublik Polen, 7.7.1981, S. 2.

³² Der besagte Artikel „Über Volkspolen und die DDR - Aktuelles und Historisches“ rühmte die DDR als den Staat, der die Oder-Neiße Grenze anerkannte und angeblich dauerhafte freundschaftliche Beziehungen zu Polen hergestellt hätte. In versteckter Form wurde jedoch das Vorurteil bedient, daß die Polen nicht arbeiten, sondern nur streiken könnten.

³³ LA, BPA, IV D-2/5/494, Information über Stimmung und Meinungen von Genossen und parteilosen Werktätigen der Hauptstadt zum Leitartikel des „Neuen Deutschlands“ vom 8.9. 1981 „Über Volkspolen und die DDR - Aktuelles und Historisches“, 11.9.1981, S. 4.

³⁴ Ebenda, Information über die ersten Meinungen von Werktätigen der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu den Ergebnissen des 4. Plenums des ZK der PVAP, 19.10.1981, Klaus Kraatz und Oskar Fenske, Arbeiter im Kupferwerk des Kabelwerks Oberspreewitz, S. 3.

ebenso selten waren die nachdenklichen Äußerungen, welche ihrer Furcht und Zweifel über Jaruzelskis Politik vorsichtig Ausdruck verliehen. „Dieser Ausnahmezustand in Polen ist nicht gut, aber er muß sein, damit sie aus dem Dilemma herauskommen, eine andere Lösung gibt es nicht“.³⁵ Ein Neurologe des Klinikum Buch meinte damals: „Ein Ausnahmezustand kann zu einem Bürgerkrieg führen. Ich hoffe, daß es zu keinem größeren Blutvergießen kommt. Wir waren uns aber selbst darüber schon einig, daß eine grundsätzliche Veränderung in der Lenkung und Führung der Produktion geschehen mußte. Für mich ist dabei immer wieder sichtbar, daß die Solidarność nicht für die Bürger, sondern gegen die Bürger auftreten wird“.³⁶

Ein Beispiel für die volle Solidarisierung mit den streikenden Arbeitern angesichts des Kriegsrechts sei hier erwähnt, es handelte sich um ein anonymes Schreiben, das am 13.12.1981 im Straßenbahnbetriebshof Schöneeweide gefunden worden war, in welchem es hieß: „In Bezug auf Polen. Warum hat man zu Anfang die Regierung gewechselt, den Arbeitern beigestanden und jetzt sind hier auf einmal imperialistische Kräfte am Wirken? [...] Die Arbeiter sind doch völlig einig gewesen in ihren Forderungen, bekamen sogar Recht, indem die Regierung verändert wurde. [...] Wie geht der Text der Internationale? Warschau ist der beste Beweis: Arbeiter müssen sich einig sein und kämpfen.“ Bei widerständischem Verhalten dieser Qualität wurde sofort das Ministerium für Staatssicher-

heit mit der Untersuchung des Falles beauftragt.³⁷

Anhand dieser Stimmungsberichte läßt sich die sukzessive Abnahme der Sympathie für die Streikenden in Polen bestimmen. Wichtig ist hierbei die Beobachtung, daß just in dem Moment, nämlich im März 1981, die Sympathiebekundungen verschwanden, als die Solidarność erstmals politische Forderungen stellte und mit dem Generalstreik drohte. Diese Entwicklung war für die überwiegende Mehrheit der DDR-Arbeitnehmer nicht nachvollziehbar, es verstärkte sich stattdessen die Befürchtung, die DDR müsse ökonomisch für Polen bezahlen.³⁸

In den Stimmungsberichten ist ferner ein recht deutlicher Meinungsunterschied zwischen Arbeitnehmern mit und ohne Parteibuch feststellbar. Die Art ihrer Sprache, die Verwendung von „Newspeak“³⁹ läßt auf die Indoktrination durch die

³⁷ LA, BPA, IV D-2/5/494, Mitteilung der Genossin Hanke, Kreisleitung Mitte, 13³⁰ Uhr, 13.12.1981.

³⁸ Die Sowjetunion auch durch die „Polenkrise“ zu reduzierten Erdöllieferungen in die RGW-Staaten gezwungen, was den scharfen - doch letztlich erfolglosen - Protest Honeckers hervorrief. Pawłow: Byłem rezydentem KGB w Polsce, S. 361 ff; Vgl. Bukowski: Abschied von Moskau, S. 498.

³⁹ Der Begriff „Newspeak“ wurde von George Orwell geprägt. Der Polonist Głowiński analysierte den vor 1989 in Polen benutzten Newspeak. Viele seiner semantischen und soziolinguistischen Schlüsse galten auch für den Newspeak in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas. Newspeak veränderte, so Głowiński, in apodiktischer Weise die Wertigkeit von Wörtern. Daher erhielten Äußerungen eine Eindimensionalität und Direktheit, die Synonyme per se ausschlossen. Charakteristisch sei die Fixierung der Adjektive gewesen, die in Fällen wie „bürgerliche Demokratie - sozialistische Demokratie“ normativ gebraucht wurden, um den Sinn des Wortes Demokratie zu verändern. Newspeak habe ferner zum Euphemismus geneigt, um Sachverhalte systematisch zu verschleiern. Oft

³⁵ Ebenda, Weitere Stimmen und Meinungen zu den Ereignissen in der Volksrepublik Polen, 12³⁰ Uhr, 13.12.1981, Genosse Plewe und Kollege Spreder im Interhotel „Stadt Berlin“, S. 3.

³⁶ Information über Meinungsäußerungen von Werkträgern der Hauptstadt zu aktuellpolitischen Ereignissen, 15.12.1981, Kollege Dr. Brunner, S. 3.

SED schließen, welche eine von der „Parteilinie“ abweichende Meinung zur Lage in Polen wohl spätestens seit 1981 nicht tolerierte. Auffällig ist, daß die Zahl registrierter Meinungen von Parteilosen gegenüber den Genossen 1981 stetig abnahm. Möglicherweise verstummten jene, die sich zeitweise eine eigene Meinung erlaubt hatten angesichts der parteipolitischen „Frontmachung“ gegen Polen und aus Furcht vor Denunziation.

Die Äußerungen etwa von Ingenieuren waren von seiten, auch ist deren Repräsentativität nicht bestimmbar, um genaue Differenzierungen zwischen Angestellten und Arbeitern vornehmen zu können. Dennoch geben die Quellen Anhaltspunkte dafür, daß Sympathiebekundungen für die *Solidarność* häufiger von Arbeitern kamen, die im Umgang mit der Staatsgewerkschaft und der Planungsbürokratie wohl ähnlich unangenehme Erfahrungen wie ihre polnischen Kollegen gemacht hatten. Die Gründung einer authentischen Gewerkschaft entsprach daher wohl ihren Hoffnungen, ohne das sie es gewagt hätten, diese in die Tat umzusetzen. In ihrer Protestbereitschaft unterschieden sie sich deutlich von den Arbeitern jenseits von Oder und Neiße. Zur Objektivierung des Verhaltens der DDR-Arbeitnehmer ist ein Vergleich

ihrer Wertorientierungen mit denen der polnischen Arbeitnehmer, wie im folgenden Textabschnitt unternommen wird, angebracht.

3. Wertorientierungen polnischer und Berliner Arbeitnehmer – analytische Bezüge

Hinsichtlich der Wertorientierungen in der polnischen Gesellschaft wurden in den siebziger Jahren breite soziologische Studien insbesondere durch den polnischen Soziologen Stefan Nowak durchgeführt. In deren Ergebnis zeigte sich Mitte der siebziger Jahre eine hohe Bewertung der Prinzipien der Chancengleichheit, der sozialen Sicherheit, der Meinungsfreiheit und der politischen Demokratie. Die Nennungen beliefen sich auf etwa 75% für Chancengleichheit, 60% für die Sicherung angemessener Lebensumstände durch den Staat, 49% für freie Meinungsäußerung, 42% für die Einflußnahme der Bürger auf den Staat gegenüber 39% für wirtschaftliche Effektivität. Diese Wertorientierungen ließen aber keine Zusammenhänge mit sozialen Merkmalen erkennen, weder im Hinblick auf Verstädterung noch auf das Beschäftigungsverhältnis, Bildungsniveau oder Alter. Die Nowak-Studie hatte auch festgestellt, daß die politischen Wertorientierungen keine Entsprechung in einem Interesse an Politik oder gesellschaftlichen Problemen fanden.⁴⁰

Im Laufe der zweiten Hälfte der siebziger Jahre tat sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den allgemeinen politischen Wertorientierungen und der alltäglichen Bewertung von Politik auf. Einem soge-

hätten sich die Schöpfer des Newspeak der Anspielung auf tatsächliche Ereignisse bedient, ohne diese *expressis verbis* - aus Furcht vor der bloßen Information - zu benennen. Die SED-Propagandisten benutzten häufig die äsopische Rede, um auf West-Nachrichten zu reagieren, ohne den Gegenstand beim Namen zu nennen. Letztlich sollte mittels Newspeak die „klassische“ Sprache ersetzt werden, indem Sprachelemente zerstört und ihnen ein neuer Sinn gegeben wurde. Betroffen gewesen wären vor allem Wörter der Politik, Geschichte und Ideologie. Die Folgen war eine ritualisierte öffentliche Kommunikation und ein allgemeines Mißtrauen gegenüber der öffentlichen Sprache. Glowinski, Michał: *Nowamowa po polsku*, Warszawa 1991, S. 7 ff.

⁴⁰ Nowak, Stefan: *Postulowany kształt dobrego sprawiedliwego ustroju społecznego*, in: Stefan Nowak u.a., *Ciągłość i zmiana tradycji kulturowej*, Warszawa 1976, S. 256 ff.

nannten Vertrauensbarometer⁴¹ zufolge beantworteten 1975, auf dem Höhepunkt des unter Gierek vorgenommenen kreditfinanzierten Aufschwungs, 84,8% eines repräsentativen Bevölkerungssamples die Frage, ob die „Gesellschaft mehr Vertrauen“ zur Regierung habe, positiv. Zwei Jahre später betrug der Anteil 67,7% und im Sommer 1980 erreichte er mit 22% einen Tiefpunkt.⁴² Die Abkehr von kompromittierten politischen Institutionen korrespondierte mit dem Rückzug in die private Welt. „Die private Sphäre wurde mit Symbolen der nationalen Kultur umgeben. Diese blieben aber äußerlich und hatten nur geringe handlungsleitende Funktion. Als Beispiel mag das Bekenntnis zur katholischen Religion dienen. Nicht die Normen der katholischen Morallehre, sondern religiöse Sitten und Gebräuche gewannen die breiteste Anerkennung. Charakteristisch war auch, daß die Identifikation mit der Kirche breiter war als die mit dem katholischen Glauben. [...] Durch ein demonstratives Katholisch-Sein wurde eine symbolische Selbstdarstellung möglich und die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft rituell vollzogen.“⁴³

Ende der siebziger Jahre hatte Nowak auf eine „Identifikationslücke“ aufmerksam gemacht. Nach empirischen Untersuchungen kam er zu dem Schluß, daß sich der „durchschnittliche Pole“ mit der Familie, den Freunden, dem polnischen Volk und seiner Geschichte und Kultur identifizierte. Die zwischen Primärgruppen und dem Volk angesiedelte Sphäre der vermittelnden gesellschaftlichen Institutionen erschien als fremd. Sie wurde zwar toleriert, rief aber nicht das Gefühl einer Identifikation hervor. Diese

„Identifikationslücke“ bewirkte eine Dichotomie im öffentlichen Bewußtsein. Die dichotomische Perspektive, die die Gemeinschaft der Kleingruppen der institutionellen Ordnung entgegenstellte, die zwischen der „Welt der Menschen“ und der „Welt der Institutionen“, zwischen der „Gesellschaft“ als der Gemeinschaft von Menschen und dem „Staat“ als abstraktem Herrschaftsapparat unterschied, war Ende der siebziger Jahre Ausdruck von sich verschärfender Unzufriedenheit und Spannungen. In ihr drückte sich nicht die Distanz zu einer sozial benennbaren Gruppe, sondern die Ablehnung der Funktionsweise der staatlichen Institutionen aus.⁴⁴

Der vollzogene Sprung von der akzeptierten Distanz zum Konflikt war nicht in einer Veränderung der Rolle begründet, sondern Konsequenz der individuellen Ausgestaltung der Rollen, die als persönliches moralisches Verhalten wahrgenommen wurde. Die moralische Kategorie wurde in dem Moment zur sozialen, wo die Machthaber für ihr tun straffrei blieben und sich gegenseitig schützten, das heißt, wo die (un)moralischen Merkmale sich zu Attributen unbegrenzter Macht verdichteten.⁴⁵

Der Ausbruch der Streiks an der Ostseeküste beendete abrupt die bisherige Blockade gesellschaftlicher Artikulation. In der Analyse der Streikforderungen trat als das zentrale Motiv der Proteste die „Sehnsucht nach dem normalen Leben“ in den Vordergrund. In politischer Dimension meinten die älteren Arbeiter mit einem normalen Leben - nicht anders als in der DDR - einen fürsorglich paternalistischen Staat und die jüngeren einen

⁴¹ Befragungen des Meinungsforschungsinstituts beim Radio und Fernsehen. Siehe Tatur, nächste Fußnote.

⁴² Tatur, Melanie: *Solidarność als Modernisierungsbewegung*, Frankfurt am Main 1989, S. 80.

⁴³ Ebenda, S. 81 f.

⁴⁴ Nowak, Stefan: *Polaków potret własny*, Kraków 1979, S. 20 ff; Krzemiński, Ireneusz/ Bakuniak, Grzegorz/ Banaszak, Henryk/ Kruczkowska, Anna: *Polacy-jesień 80*, 1981 (im Untergrund veröffentlicht), S. 298 ff.

⁴⁵ Tatur: *Solidarność als Modernisierungsbewegung*, S. 93.

gerechten Distributor. Nur bei den jungen hochqualifizierten Beschäftigten - mit mindestens mittlerer Ausbildung - wurde die Forderung nach gerechten Verteilungsmechanismen von Anfang an mit der nach politischer Demokratie verbunden. Die Essenz des „normalen Lebens“ war für alle Gruppen die Würde im Alltag, die Forderung, „als Mensch“ behandelt zu werden.⁴⁶

Die jungen qualifizierten Arbeiter waren in der Regel die Streikaktivisten, denen die Demokratie als Teil des „normalen Lebens“ als quasi natürliches Recht des Menschen erschien. Die Interessenlage der zuschauenden Gruppen war weniger eindeutig. „In den meisten Lebenssphären vermischten sich innovative und konservative Motive. Im Sommer 1980 aber verbanden sich beide Motive mit der Solidarność. Von der „eigenen“ Organisation und den „eigenen“ Aktivisten wurde Schutz und Interessenvertretung erwartet. Das Verhältnis der älteren, weniger qualifizierten Arbeiter zu den jüngeren war durch Vertrauen und den Stolz auf eine Art „Klassenvaterschaft“ geprägt. Die Jungen ihrerseits rechtfertigten dieses Vertrauen, indem sie nicht ein eng definiertes Gruppeninteresse, sondern die Anliegen der Arbeiter und der Arbeitenden insgesamt vertraten.“⁴⁷

In den ersten Streikmonaten waren sich Aktivisten und Zuschauer der Radikalität ihrer Forderung nach dem „normalen Leben“ nicht bewußt. Desorganisation, Demoralisierung und Absurdität erschienen nicht als Systemmerkmale, sondern als pathologische Fehlentwicklungen. Daher stand nicht die Beseitigung des politischen Systems, sondern die Veränderung der Herrschaftstechnik auf der „Tagesordnung“. Nicht die politischen Rollen, stattdessen das Verhalten im

Kontext der gegebenen Ordnung galt es zu ändern. Die Herrschaft sollte nicht beseitigt, sondern in gute fachliche Hände gelegt werden.⁴⁸

Als einer der ersten hat der Historiker Marcin Król auf den tieferen Sinn der Proteste vom Sommer 1980 aufmerksam gemacht: „Die Streiks waren weniger eine Form des Protestes gegen schwache, kompromittierte und verlorene Machthaber, als eine Möglichkeit, endlich natürliche, authentische Gefühle zu erleben und - sei es auch nur für einige Tage - Menschen zu sein, die etwas wollen, das tun, was sie wollen, und die sich miteinander solidarisch fühlen.“⁴⁹ „Das emotionale Erlebnis einer neuen moralischen Selbsterfahrung wurde auch äußerlich durch Feierlichkeit und Ernst des Verhaltens und das Pathos der im Streik herausgebildeten Symbole unterstrichen. So berichteten alle Streikbeobachter und Teilnehmer vom strikt eingehaltenen Alkoholverbot, von der Höflichkeit im Umgang miteinander, die so deutlich vom Verhalten vor und nach den Streiks abstach. Ein Streikteilnehmer berichtete ganz selbstverständlich, daß er loszog, um sich für den Streik saubere Arbeitskleidung zu besorgen.“⁵⁰

Das historisch Neue der Sommerstreiks war nicht die Tatsache, daß die ökonomischen Forderungen nur Symbol für weiterreichende Wünsche und Sehnsüchte waren und auch nicht, daß die Revolte zum emotionalen Erlebnis der eigenen Würde wurde, sondern der Umstand, daß die neue, im Streik gewonnene kollektive Identität soziales Handeln möglich machte.⁵¹

⁴⁸ Ebenda, S. 113.

⁴⁹ Król, Marcin, 1981, Zitat entnommen bei Tatur: Solidarność als Modernisierungsbewegung, S. 114.

⁵⁰ Tatur: Solidarność als Modernisierungsbewegung, S. 114 f.

⁵¹ Bakuniak, Grzegorz, u.a.: Polacy-jesień 80, S. 303 ff.

⁴⁶ Bakuniak, Grzegorz, u.a.: Polacy-jesień 80, S. 287 f.

⁴⁷ Tatur: Solidarność als Modernisierungsbewegung, S. 112 f.

Über das soziale Handeln der *Solidarność*, das über Gewerkschaftsfragen weit hinaus ging, haben mehr als ein Dutzend Autoren geschrieben.⁵² Alain Touraine analysierte durch eine große Zahl von Interviews mit Gewerkschaftlern vier Tendenzen sozialen Handelns:

1. Eine defensive, gemeinschaftsorientierte Richtung, die politischen Aktionen mißtraute, in ihren Zielvorstellungen zwischen Arbeiterselbstverwaltung und einer rein sozialen Absicherung schwankte. Zu dieser Gruppe gehörten überwiegend die oberschlesischen Bergarbeiter.
2. Die Arbeiter von Danzig und Stettin verbanden die Existenz der neuen Gewerkschaft mit der Anerkennung der Rechte aller Arbeitnehmer, der Modifikation der Arbeitsbeziehungen

und des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses.

3. Eine Gemeinschaftsorientierung, verbunden mit einer politischen Defensivhaltung, die jedoch die „führende Rolle“ der Partei unbedingt ablehnte, charakterisierte eine radikale Gruppe in der Gewerkschaft. Populistische und nationalistische Töne waren ebenso Merkmal dieser Richtung wie ihr kämpferisches Image.
4. Die oppositionellen Intellektuellen standen für die Vision der Befreiung der Gesellschaft durch eine Evolution, die sich zumindestens bei den Intellektuellen um KOR auf unabhängige Institutionen und eine Reihe von Gesellschaftsverträgen mit dem Staat stützen sollte.⁵³

Daneben existierten andere der *Solidarność* verbundene Intellektuellenmilieus, die unter dem Einfluß der Kirche und Oppositionsgruppen wie RMP (Bewegung Junges Polen) und KPN (Konföderation Unabhängiges Polen)⁵⁴ eine katholisch-nationale Aufbruchsstimmung unterstützten.⁵⁵

Die Radikalität der Arbeiter drohte die Organisation der Bewegung zu desintegrieren, deren Zusammenhalt Voraussetzung für strategisches Handeln gegenüber dem Machtapparat war. Ungeachtet dessen zeigten die Konfliktverläufe, daß die *Solidarność* über die Identifikation

⁵² Hier seien nur die wichtigsten Arbeiten genannt. Das Buch „Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen“ von Jerzy Holzer ist trotz seiner Konzentration auf die Region Warschau/ Mazowsze und fehlender Quellennachweise aufgrund seines Faktenreichtums maßgeblich. Timothy Garton Ash schrieb in seiner „Polska Rewolucja“ mit der Begeisterung eines Augenzeugen, romantisierte jedoch die Aktionen der Gewerkschaftsbewegung. Georg W. Strobel mit dem Aufsatz NSZZ „Solidarność“, in: Dieter Bingen (Hrsg.) Polen 1980-1984 Dauerkrise oder Stabilisierung? und Jerzy Jedlicki in „Zle urodzeni“ setzten sich kritisch mit den „romantischen Aktionen“ und der abgelehnten Verantwortlichkeit der Gewerkschaft auseinander. Jadwiga Staniszkis vertrat die gehaltvolle These - in ihrem gleichnamigen Buch - von der „self -limiting Revolution“. Darunter verstand sie die Kanalisierung von Protest in eine von den Gewerkschaftsmitgliedern getragenen Politik, um der Partei begrenzte Forderungen abzurufen. In eine ähnliche Richtung jedoch unter Betonung der Entstehung einer „civil society“ gingen die jüngeren Arbeiten von David Ost „Solidarity and the Politics of Anti-Politics“ und von Michael D. Kennedy „Professionals, Power and Solidarity in Poland“.

⁵³ Touraine: *Solidarity*, S. 57 f; Bakuniak unterschied drei Strömungen innerhalb der Gewerkschaft: 1) eine apolitische nur auf unmittelbare Arbeiterinteressen ausgerichtete Strömung; 2) eine Strömung, die für die Selbstverwaltung der Betriebe plädierte; 3) eine Strömung, die die Gewerkschaft als politische Massenorganisation und Anwältin der Gesellschaft ansah. Bakuniak, u.a.: *Polacy-jesień 80*, S. 312 ff.

⁵⁴ RMP- Ruch Młodej Polski, KPN - Konfederacja Polski Niepodległej.

⁵⁵ Puhl, Jan: *Die historische Dimension des Nationalismus in Polen 1976-1981*, Hamburg 1996, S. 34 ff, 72 ff, 85 f.

mit ihren Führern und der Organisation als Symbol den Zusammenhalt der Bewegung und die Disziplinierung der spontanen Proteste letztlich doch immer wieder sicherstellen konnte.⁵⁶

In der „neuen Mittelklasse“ (qualifizierte Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Ökonomen, Lehrer und Wissenschaftler) fand das von der Gewerkschaftsführung umrissene Ziel der sich selbst verwaltenden Gesellschaft Anklang. Die einzelnen Gruppen der „neuen Mittelklasse“ forderten im Interesse ihrer professionellen Rationalität, ihres Arbeitsethos' sowie eines angestrebten sozialen Aufstiegs die Autonomie ihrer Teilbereiche und die Zurücknahme der „führenden Rolle“ der Partei. Mit ihren positiven professionellen Zielsetzungen zeigten sie den Machthabern ihre Konsensbereitschaft und banden den Radikalismus der Arbeiter. In einigen Bereichen hatte diese Strategie Erfolg.⁵⁷

Mit der Provokation von Bydgoszcz⁵⁸ im März 1981 zeigten die Machthaber, daß

sie nur widerwillig bereit waren, die neue politische Situation anzuerkennen und die Solidarność im Sinne einer Mobilisierung von Interessen und Kompetenzen an ihren Reformangeboten zu messen. Die PVAP-Führung schürte in mehreren Fällen „wilde“ Streiks, um die Gewerkschaft zu diskreditieren. Was insofern leicht war, als einzelne radikale Gewerkschaftsgruppen Anlaß dazu boten. Die Umgestaltung der sozialen Bewegung Solidarność in eine politische Organisation wurde durch die vielen Kleingruppen, die Ungenauigkeit der Statuten und den Mangel an politisch-strategischer Identifikation erschwert. In der Mentalität der Mitglieder blieb auch die sich „organisierende“ Gewerkschaft Symbol der im Streik errungenen Würde und nur in zweiter Linie ein Instrument zur Artikulation und Durchsetzung abgestimmter Interessen.

Um die Haltung der Berliner Arbeiter und Angestellten insbesondere gegenüber der polnischen Gewerkschaft einer Erklärung näher zu bringen, ist eine Betrachtung der Wertorientierungen sowie Einstellungen und Verhaltensweisen der Arbeiter und Angestellten zum Staat und seiner Politik von analytischem Wert und das sowohl in der DDR als auch in Polen. Diese Themen sind anhand der Fachliteratur über die DDR nur ansatzweise, kaum systematisch-empirisch zu bearbeiten. Es handelt sich daher im folgenden um einzelne Aspekte und Hypothesen. Hierbei wird die DDR-Arbeitnehmerschaft mit der DDR-Bevölkerung gleichgesetzt, was sozialhistorisch ungenau ist. Doch in Anbetracht der großen Ähnlichkeit der beiden Makroebenen⁵⁹ und des mit diesem Aufsatz verbundenen

⁵⁶ Tatur: Solidarność als Modernisierungsbe-
wegung, S. 178.

⁵⁷ Am Beispiel der Schulen und ihrer Lehrinhalte sowie der Selbstverwaltungsbewegung in den Betrieben zeigte sich, daß die Solidarność um Reformen bemüht war und auch vor Ort Erfolge verzeichnete. Ebenda, S. 158 ff; Bei der Hochschulreform trug das neue (nach dem 13.12.1981 verabschiedete) Hochschulgesetz die Handschrift der Solidarność. Persönliche Information von Professor Karol Sauerland, der an dieser Reform mitgewirkt hatte.

⁵⁸ Am 19. März 1981 wollten die Solidarność-Verhandlungsführer im Wojewodschaftsgebäude von Bydgoszcz (Bromberg) mit Vertretern des Wojewodschaftsnationalrates über die Zulassung der Land-Solidarność diskutieren. Obwohl die Diskussion verabredet war, wurde die Sitzung mittels eines Geeschäftsordnungstricks, ehe sie begann, beendet. Die Solidarność-Verhandlungsführer mit Jan Rulewski an der Spitze ließen sich dadurch provozieren. Sie weigerten sich, das Wojewodschaftsgebäude zu verlassen. Nun hatte die Staatsseite einen Vor-

wand, sie aus dem Gebäude zu vertreiben. Bei dieser Aktion wurden mehrere Gewerkschaftler von Sicherheitskräften gezielt attackiert und schwer verletzt.

⁵⁹ Vgl. Niemann, Heinz: Hinterm Zaun, S. 69 ff, 224, 250 ff.

heuristischen Interesses scheint die gewählte Herangehensweise sinnvoll.

Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung besaß eine überwiegend positive Grundeinstellung zur Sozialpolitik der SED, die mit folgenden Wertpräferenzen und Ordnungsvorstellungen korrespondierte.

1. Wunsch nach einem stark ordnenden und aktiv gestaltenden dennoch demokratischen Staates, der ohne politische Repression und schönfärberische Propaganda auskommt.
2. Interesse an den im Alltag spürbaren Leistungen des Staates zur Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität. Der Staat soll Verantwortung für eine soziale Daseinsfür- und vorsorge übernehmen.
3. Als zentral galten die Werte Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, mindestens jedoch Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht und Herkunft; leistungsgerechte Entlohnung bei angemessenen Einkommensunterschieden für besonders qualifizierte Arbeit, jedoch keine zu großen Privilegien; entsprechende Rahmenbedingungen um „gute Arbeit“ nach professionellen Standards leisten zu können.⁶⁰

⁶⁰ Heinz Niemann brachte empirische Fakten anhand der Materialien des DDR-Instituts für Meinungsforschung (1964-1979), die die westdeutschen Annahmen zur DDR-Gesellschaft in wenigen Punkten korrigierten. Interessant ist Niemanns Feststellung, daß die sozial nivellierende, egalitäre SED-Gesellschaftspolitik gut mit einem Gerechtigkeitsideal in der Bevölkerung korrespondierte. Trotz der Leistungs- und Effizienzverluste stellten die Angehörigen der Funktions- und geistig kulturellen Elite dieses Ideal nie massiv in Frage. Niemann, Heinz: *Hinterm Zaun*, S. 75 ff, 88 ff; Rytlewski, Ralf: *Soziale Kultur als politische Kultur: Die DDR, in: Politische Kultur in Deutschland*, Dirk Berg-Schlösser/ Jacob Schissler (Hrsg.): Opladen 1987, S. 239; Lemke,

Diese Wertorientierungen sind unterschiedlich historisch gewachsen. Doch schienen sich die alten Ideale der Arbeiterbewegung im Kampf für gerechten Lohn und Gleichstellung der Frau mit den preußisch-protestantischen Tugenden in der DDR (zumindestens bis Ende der siebziger Jahre) symbiotisch gefunden zu haben: Fleiß, Ordnung, Disziplin, und Obrigkeitgläubigkeit waren dafür die Stichworte. Hinzu kamen wohl ein positives Staatsverständnis und das Streben nach „innergesellschaftlicher Friedfertigkeit“, eingeschlossen die Bereitschaft sich anzupassen und abzugrenzen, ganz im Geiste von Luthers „Zwei-Reiche-Konzept“ dem Staat zu lassen, was des Staates ist, aber nicht mehr.⁶¹

Heinz Niemann meinte, die DDR hätte bis Ende der siebziger Jahre eine spezifische Gemengementalität gekennzeichnet, „bestehend aus preußisch-protestantischer Tradition, lebensweltlicher chaotischer Krisen-, Kriegs- und Nachkriegserfahrung, die durch das bestehende Treue-Schutz-Verhältnis zwischen Bürger und paternalistischem Staat solange bewahrt wurde, wie er versprach, den Interessen und Hoffnungen der Menschen zu entsprechen.[...] Soziale Sicherheit, Frieden, Antifaschismus, Gerechtigkeit und wachsender bescheidener Wohlstand wurden in dem Maße zum Keim einer eigenständigen kollektiven und personalen Identität vieler DDR-Bürger, indem und solange das Zielversprechen in realen Leistungen des Systems von den Menschen erfahren wurden.“⁶²

Es scheint, als hätten Frauen und Männer die Leistungen von Honeckers paternalistischen Sozialpolitik durchweg positiv aufgenommen und zu ihrem Vorteil genutzt. Andererseits gab es in der Bevölkerung unübersehbare Hinweise

Christiane: *Die Ursachen des Umbruchs* 1989, Opladen 1991, S. 84 ff, 262 ff.

⁶¹ Niemann: *Hinterm Zaun*, S. 64.

⁶² Ebenda, S. 65.

auf vielfältige Unzufriedenheit. Da waren vor allem die traditionellen Klagen über Versorgungs- und Qualitätsmängel - bei stagnierendem Lebensstandard der achtziger Jahre - , über die zahllosen Fehlplanungen und Organisationsprobleme, widersprüchliche Anordnungen und bürokratische Ineffizienz, über Bevormundung in der praktischen Umsetzung der Sozialpolitik.⁶³ Der kritische Umgang mit dem eigenen Staat resultierte nicht zuletzt aus dem ständigen die eigene Lage ins Verhältnis setzenden Blick auf die Bundesrepublik.⁶⁴

Indem die SED als Folge ihrer ehrgeizigen politisch-gesellschaftlichen Ziele den behutsamen Umgang mit knappen Gütern und produktiven Ressourcen mißachtete, weitete sich in den achtziger Jahren die Kluft zwischen der Zielprojektion eines „entwickelten Sozialismus“ und der ökonomischen Realität. Mit propagandistischen Sentenzen wie „so wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ oder „nur wer etwas leistet, kann sich etwas leisten“ bestärkte die SED das gestiegene Anspruchsniveau der Bürger, ohne es jedoch angesichts knapper Ressourcen und nicht zuletzt unter dem Einfluß westlicher Konsumstandards erfüllen zu können. Bei allen zu Tage tretenden ökonomischen und vor allem politischen Unzulänglichkeiten verhartete die DDR-Gesellschaft in einer gewissen Versorgungshaltung gegenüber dem Staat und in einer Mentalität des selbstverständlichen Mitnehmens.⁶⁵

4. Fazit

Die SED-Stimmungsberichte belegen, daß ein nicht geringer Teil der Arbeitnehmer die Streiks in Polen mindestens das erste halbe Jahr mit Sympathie und Wohlwollen begleiteten. Wenn sie auch eine unmittelbare Nachahmung der Streiks in der DDR ausschlossen, so deckte sich doch die Unzufriedenheit polnischer Kollegen über schlechte Arbeitsbedingungen und der miserablen Versorgungslage zum Teil mit den Erfahrungen in der DDR. Die Reaktionen in Polen waren für viele außenstehende DDR-Arbeitnehmer nachvollziehbar, die sagten, „wenn es uns so mies ginge, würden wir auch streiken“. Die polnische Sehnsucht nach einem „normalen Leben“ deckte sich mit dem Bedürfnis nach einer sorgenfreien Existenz und stetigen Verbesserung der Lebensqualität. Die Werte Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und leistungsgerechte Entlohnung galten auf beiden Seiten der Oder und Neiße. Bemerkenswert sind ferner Indizien, daß es wohl beiderseits junge Arbeiter waren, die in erster Linie ihre Unzufriedenheit über die Arbeits- und Lebensbedingungen äußerten.⁶⁶

Die Wahrnehmung der Streiks in Polen hatte für das Gros der DDR-Arbeiterschaft - ungeachtet des Problems der polnischen Warenkäufe - ihre deutlichen Grenzen. Zu diesen zählten: Das Unverständnis über den starken Katholizismus, der sich in Symbolen und Feiern der

⁶³ Winkler, Gunnar: Sozialpolitik in der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR, Saarbrücken 1988, S. 140 f.

⁶⁴ Vgl. Greiffenhagen, Martin: Von Potsdam bis Bonn: Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands, München 1986, S. 216 ff.

⁶⁵ Gutmann, Gernot: Ideologie und Wirtschaftsordnung, in: Totalitäre Herrschaft. Totalitäres Erbe, German Studies Review, Sonderheft, S. 38; Meyer, Gerd: Sozialistischer Paternalismus, in: Politik und Gesell-

schaft in sozialistischen Ländern, Rytlewski (Hrsg.): Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft, 20/1989, Opladen 1989, S. 439.

⁶⁶ Vgl. Winkler: Sozialpolitik in der DDR, in: Sozialstruktur und sozialer Wandel in DDR, Timmermann (Hrsg.): 1988, S. 141; Mitte der achtziger Jahre habe die Arbeit in den Kohlebetrieben von Leipzig und Borna den jungen Facharbeitern weder hinsichtlich des Verdienstes noch des Statuses Anreize geboten. Vgl. Hofmann, Michael / Rink, Dieter: Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27, 1993, S. 33.

Gewerkschaft niederschlug und dem einzelnen Arbeiter das Gefühl vermittelte, an einem „Wunder“ teilzunehmen.⁶⁷ Auch die Dichotomie in Staat und Gesellschaft als einem Grundmuster der polnischen Mentalität blieb der paternalistisch ausgerichteten DDR-Gesellschaft fremd.⁶⁸ Ohne die Ahnung über diese spezifisch polnische „Kodierung“ konnten die Arbeitnehmer in der DDR das polnische emotionale Erlebnis, die Wiedererlangung der eigenen Würde und den Umschlag in soziales Handeln nicht nachvollziehen. Gleichwohl bemerkten sie, daß nirgendwo sonst im Ostblock das sozialistische System je derart in Frage gestellt worden war. Letzter Punkt mag für die Wenigen in der DDR in ihrer Sympathie und Unterstützung für die Solidarność entscheidend gewesen sein.⁶⁹ Daß im Laufe des Jahres 1981 die wohlwollenden Äußerungen verschwanden, kann sowohl an der zunehmenden Gefährlichkeit eines offeneren Bekenntnisses als auch an der gewerkschaftlichen Radikalisierung und der vermeintlichen Sinnlosigkeit der nicht endenden Streiks gelegen haben.

Literatur:

Bakuniak, Grzegorz/ Banaszak, Henryk/ Kruczkowska, Anna: Polacy-jesień 80, 1981 (im Untergrund veröffentlicht).

⁶⁷ Törnquist-Plewa, Barbara: The wheel of polish fortune. Myths in polish collective consciousness during the first years of Solidarity, Lund 1992, S. 64 ff.

⁶⁸ Hahn beschrieb die Dichotomie als Konsequenz fremd wahrgenommener „Staatlichkeit“ in Polen seit dem 19. Jahrhundert. Hahn, Hans Henning: Die Gesellschaft im Verteidigungszustand. Zur Genese eines Grundmusters der politischen Mentalität in Polen, in: Gesellschaft und Staat in Polen, Hans Hennig Hahn/ Michael G. Müller (Hrsg.): Berlin 1988, S. 15-48.

⁶⁹ von Marschall, Christoph: Pilze und Tomaten tarnten die Druckfarbe. Riskante Hilfe aus Sachsen für die Flugblätter der Solidarność, in: Der Tagesspiegel, 8.12.1993.

Bukowski, Wladimir: Abrechnung mit Moskau, Bergisch Gladbach 1996.

Garton Ash, Timothy: Polska rewolucja, Warszawa 1989.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Bonn 1992.

Głowiński, Michał: Nowamowa po polsku, Warszawa 1991.

Gołembowski, Franciszek, w dyskusji, Polska w opinii krajów sąsiednich, in: Sprawy Międzynarodowe, 39/4, 1986, S. 140-154.

Greiffenhagen, Martin: Von Potsdam bis Bonn: Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands, München 1986.

Gutmann, Gernot: Ideologie und Wirtschaftsordnung, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Totalitäre Herrschaft, totalitäres Erbe, German Studies Review, Sonderheft 1994, S. 47-66.

Hahn, Hans-Henning: Die Gesellschaft im Verteidigungszustand. Zur Genese eines Grundmusters der politischen Mentalität in Polen, in: Hahn, Hans-Henning/ Müller, Michael G.: Gesellschaft und Staat in Polen, Berlin 1988, S. 15-48.

Hofmann, Michael/ Rink, Dieter: Die Auflösung des ostdeutschen Arbeitermilieus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27, 1993, S. 29-35.

Holzer, Jerzy: Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985.

Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß: soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

Jedlicki, Jerzy: Zle urodzeni, London 1993.

Kennedy, Michael D.: Professionals, power and Solidarity in Poland, Soviet and East European Studies 79, Cambridge 1991.

Kuppe, Johannes/ Ammer, Thomas: Die Haltung der SED zur Lage in Polen 1980-1981 im Spiegel der DDR-Presse, Bonn 1982.

Kwilecki, Andrzej: Studies on the stereotype of the „German“ and a „Pole“ in the GDR and FRG, in: Polish Western Affairs, 19/2, 1978, S. 287-305.

Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989, Opladen 1991.

Meyer, Gerd: Sozialistischer Paternalismus, in: Rytlewski, Ralf (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern,

- Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 20/1989, Opladen 1989, S. 426-448.
- Niemann, Heinz: Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR - die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995.
- Nowak, Stefan: Polaków portret własny, Kraków 1979.
- Nowak, Stefan: Postulowany kształt dobrego sprawiedliwego ustroju społecznego, in: Nowak, Stefan u.a., Ciągłość in zmiana tradycji kulturowej, Warszawa 1976, S. 256-275.
- Ost, David: Solidarity an the politics of Anti-politics, Philadelphia 1990.
- Pawłow, Witalji: Byłem rezydentem KGB w Polsce, Warszawa 1994.
- Puhl, Jan: Die historische Dimension des Nationalismus in Polen 1976-1981, Magisterarbeit, Hamburg 1996.
- Rytlewski, Ralf: Soziale Kultur als politische Kultur: Die DDR, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jacob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland, Opladen 1987, S. 238-246.
- Staniszki, Jadwiga: Poland's self-limiting revolution, Princeton 1984.
- Strobel, Georg W.: NSZZ „Solidarność“, in: Bingen, Dieter (Hrsg.): Polen 1980-1984. Dauerkrise oder Stabilisierung? Baden-Baden 1985, S. 47-100.
- Tatur, Melanie: Solidarność als Modernisierungsbewegung, Frankfurt am Main 1989.
- Törnquist-Plewa, Barbara: The wheel of polish fortune. Myths in polish collective consciousness during the first years of Solidarity, Lund 1992.
- Touraine, Alain/ Dubet, Francois/ Wieviorka, Michel/ Strzelecki, Jan: Solidarity. Poland 1980-81, Cambridge 1983.
- von Marschall, Christoph: Pilze und Tomaten tarnten die Druckerfarbe. Riskante Hilfe aus Sachsen für die Flugblätter der Solidarność, in: Der Tagesspiegel, 8.12.1993.
- Weidig, Rudi (Hrsg): Sozialstruktur der DDR, Berlin (Ost) 1988.
- Winkler, Gunnar: Sozialpolitik in der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR, Saarbrücken 1988, S. 135-154.
- Wohlfeld, Ursula: Polnische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben der Region Leipzig, Rosa-Luxemburg-Verein e.V., Leipzig 1993.